

Übersichten

November 1997

Außenpolitik

1 Kritik an US-Japan-Pakt

Anlässlich des 25. Jahrestages der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und Japan und mit Blick auf die geplanten Besuche hoher chinesischer Repräsentanten in Japan wurde von chinesischer Seite, insbesondere durch Vertreter des Außenministeriums, erneut die Frage nach dem Gehalt und der möglichen Bedeutungsweite des „joint Japan-US agreement on defence cooperation“ kritisch beleuchtet und kommentiert. Vor allem ging es um die bereits wiederholt geäußerten chinesischen Bedenken, daß sich das neue Abkommen nachteilig auf die regionale Sicherheitssituation auswirken könnte. In diesem Zusammenhang erwartet man in Beijing eine definitive Klarstellung der japanischen Position in der Taiwan-Frage. Nachdem es in einem Kommentar der RMRB vom 25.9.1997 geheißen hatte, Japan müsse den Sinn der „Begründung des Abkommens verdeutlichen“, wobei es vor allem um zwei umstrittene Aspekte gehe. Zum einen: Von wem wird Japan in der Region bedroht? Zum anderen: Was bedeutet die Klausel „the area surrounding Japan“? Einige japanische Repräsentanten hätten die Behauptung vorgebracht, bei dem Begriff des umgebenden Gebiets handle es sich nicht um ein „geographisches Konzept“, sondern um ein Konzept, das die „nature of the state of affairs“ anspreche. Dies sei jedoch nicht der Tenor der Kommentare in der japanischen Öffentlichkeit gewesen. Diese Widersprüchlichkeiten müßten ausgeräumt werden, da „sie Raum lassen,

den 'Verteidigungsbereich' in Zukunft willkürlich auszudehnen“.

Bei offiziellen Gesprächen wurde die chinesische Kritik diplomatisch formuliert. So lobte Ministerpräsident Li Peng die Qualität der beiderseitigen Beziehungen, nur kurze Zeit nachdem von Seiten des Außenministeriums noch „ein Mangel an Vertrauen“ beklagt worden war. Außenminister Qian: „Die japanische Seite zeigt sich weiterhin zweideutig, und China fühlt sich dabei sehr unwohl.“ Anders Li: „Es ist nicht leicht gewesen, die guten chinesisch-japanischen Gesamtbeziehungen von heute zu entwickeln... Das chinesische Volk wird niemals die wertvollen Beiträge vergessen, die japanische Freunde aus allen Bereichen des Lebens für die freundschaftlichen chinesisch-japanischen Beziehungen geleistet haben.“

Shen Guofang, Sprecher des Außenministeriums, wurde angesichts wiederholten japanischen Lavierens deutlicher. Er forderte vor allem Zurückhaltung von Japan: „Wir meinen, daß die Stärkung der militärischen Beziehungen und die Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit dem allgemeinen Trend in der Asien-Pazifik-Region zuwiderlaufen, der sich durch relative politische Stabilität, dauerhaftes Wirtschaftswachstum und einen aktiven Sicherheitsdialog auszeichnet... Wir haben Japan und die USA nachhaltig gedrängt, hinsichtlich der Frage der Verteidigungszusammenarbeit vorsichtig vorzugehen... und von Handlungen Abstand zu nehmen, welche die Nachbarländer beunruhigen können... Aufgrund geschichtlicher Umstände ist die Ausrichtung der japanischen Verteidigungspolitik immer ein sehr sensibler Punkt für die asiatischen Nachbarnationen gewesen. Wir hoffen, daß Japan aus der Geschichte Lehren zieht und fest dem Weg der friedlichen Entwicklung folgen wird.“ (XNA, 25.9.97; 10.10.97; SWB, 11.9.97; SCMP, 30.9.97) -ma-

2 Jelzin-Besuch

Am 9.-11. November hielt sich Rußlands Präsident Jelzin zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch in China auf. Der Besuch, der kurz nach der Rückkehr des chinesischen Prä-

sidenten Jiang Zemin aus den Vereinigten Staaten erfolgte, war das fünfte „Gipfeltreffen“ zwischen beiden Staatschefs seit 1992. Das erste Treffen war Jelzins China-Aufenthalt im Dezember 1992. Damals hatten beide Seiten eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie sich gegenseitig als „freundschaftliche Länder“ bezeichneten. Im September 1994 stattete Jiang Zemin Rußland einen offiziellen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit beschlossen beide Parteien, „eine konstruktive Partnerschaft mit einer Perspektive für das 21. Jahrhundert“ einzugehen. Ein weiterer Schritt erfolgte während Jelzins zweitem Besuch in China im April 1996, als es zu einer gemeinsamen Erklärung kam, „eine strategische Partnerschaft der Zusammenarbeit für das 21. Jahrhundert zu entwickeln“. Man einigte sich ferner auf eine regelmäßige Dialogtätigkeit auf verschiedenen Ebenen. Im April 1997 reiste Jiang zum zweiten Mal nach Moskau. Dort einigten sich beide Länder auf eine Formel für die internationale Lage, die der chinesischen Theorie von einer neuen globalen „Multipolarität“ entspricht. Offiziell ist die „strategische Partnerschaft“ Beijings und Moskaus nicht gegen irgendeine dritte Partei, d.h. USA, gerichtet, sondern als Baustein zum Vorteil der gesamten zukünftigen Weltordnung konzipiert.

Während des jetzigen Besuchs waren neben Jiang Zemin Ministerpräsident Li Peng und Qiao Shi als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wichtige Gesprächspartner. Als interessanter Nebenaspekt soll noch erwähnt werden, daß Chinas Finanzminister Liu Zhongli das Empfangskomitee am Flughafen Beijing leitete. Als konkretes Ergebnis des Besuchs läßt sich registrieren, daß „beide Seiten die Grenzziehung des östlichen Teils ihrer gemeinsamen Grenze geregelt haben“. Ferner sind „spezifische Erklärungen“ getroffen worden, „wie Handel und Zusammenarbeit in einer weiten Reihe von Feldern zu erweitern“ sind, „Handel und Wirtschaftsbindungen sowie Entwicklung von Energieressourcen, Umweltschutz, Wissenschafts- und Technologieforschung sowie Kultur und Militärtechnologie“ eingeschlossen. Konkret äußerten beide Seiten, daß sie

einen Anstieg des bilateralen Handelsvolumens bis 2000 auf rd 20 Mrd. US\$ für denkbar hielten. Zur Zeit liegt das Volumen bei rd. sieben Milliarden mit einem starken russischen Defizit. (XNA, 9., 10., 12.11.97; AWSJ, 7.-8.11.97) -ma-

3 „Ideologische“ Besucher

Anfang Oktober hielt sich eine Delegation der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) unter Führung ihres Vorsitzenden Ardhendu Bardhan in Beijing zu einem Gesprächsaustausch auf. Sie wurde von Li Ruihan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Vorsitzender des Nationalen Ausschusses der Volkskonsultativkonferenz empfangen und offensichtlich auch über die Notwendigkeit zu flexiblem Denken belehrt. Laut Li muß es zur Zeit vor allem darum gehen, daß „beide Länder ihre Freundschaft und Zusammenarbeit vertiefen“. Denn „beide Länder sind dabei, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und das Lebensniveau ihrer Bevölkerungen zu verbessern, und sie teilen gleiche oder ähnliche Ansichten über viele internationale Fragen.“ Zur „Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung“ vermerkte die chinesische Nachrichtenagentur nur, daß Li es zwar für richtig hielt, „daß einige kommunistische Parteien zu Beginn dieses Jahrhunderts in ihren Ländern die Macht ergriffen. Aber gleichzeitig gab es innere Gründe für das Scheitern der kommunistischen Bewegung in einigen Ländern in den späten achtziger Jahren.“ Beide Seiten dieser historischen Erfahrung beweisen, daß „die kommunistischen Parteien der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft und der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung Vorrang geben müssen“. (XNA, 2.10.97) -ma-

4 Indonesischer Verteidigungsminister zu Besuch

Anfang Oktober hielt sich Indonesiens Verteidigungsminister Edi Sudrajat zu einem mehrtägigen Besuch in China auf. Edi wurde u.a. von Li Peng empfangen, der „seine Befriedigung über die reibungslose Entwicklung der chinesisch-indonesischen Beziehungen“ in den neunziger Jah-

ren bekundete. Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1990 sei es in einer beachtlichen Zahl von Fällen in internationalen Fragen zu Übereinstimmung gekommen. Für China stelle es ein wesentliches Element seiner Außenpolitik dar, die Beziehungen zu anderen Staaten in der Region zu stabilisieren, wobei „der wirtschaftliche Aufbau die Hauptaufgabe“ sei. In den Gesprächen mit Chinas Verteidigungsminister Chi Haotian stimmten beide Seiten verbal überein, daß eine stete Zusammenarbeit „förderlich für die Sicherheit und Stabilität in der Asien-Pazifik-Region“ sei. (XNA, 8., 9.10.97) -ma-

Innenpolitik

5 Verfassungsänderungen stehen an: Aufwertung der nicht-staatlichen Wirtschaft

Infolge der ideologischen und ordnungspolitischen Neuerungen, die auf dem XV.Parteitag der Kommunistischen Partei gebilligt wurden, wird es auf der konstituierenden Tagung des IX.Nationalen Volkskongresses im März 1998 zu einigen wichtigen Änderungen in der Verfassung der VR China kommen. (*Jingbao Yuekan*, 1997/12, S.16-17)

Die geplanten Verfassungsänderungen, die auf einer Plenartagung des KP-Zentralkomitees zunächst gebilligt und dann vom Plenum des Nationalen Volkskongresses im März offiziell verabschiedet werden müssen, betreffen unter anderem folgende Fragen:

- Die „Deng-Xiaoping-Theorie“ soll nun auch in der Präambel der Verfassung (wie schon im revidierten Parteistatut der KPCh) neben Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen verankert werden.
- Der Rang der nicht-staatlichen Wirtschaft und gemischter Eigentumsformen soll durch die Übernahme der entsprechenden Begrifflichkeiten und Formulierungen des jüngsten Parteitages deutlich erhöht werden. Die nicht-staatliche Wirtschaft soll nicht mehr als ausgegliederte

und nachrangige „Ergänzung“ (*buchong*) des sozialistischen Eigentums- und Wirtschaftsystems bezeichnet, sondern zu einem integralen „wichtigen Bestandteil“ (*zhongyao de zucheng bufen*) aufgewertet werden. Der Schutz und die Entwicklung von Individual- und Privatwirtschaft soll in der Verfassung festgeschrieben werden. Auch die Begriffe Aktiengesellschaften bzw. Aktiengenossenschaften sollen eventuell in den Verfassungstext aufgenommen werden.

- Die Förderung einer „sozialistischen geistigen Zivilisation“, die ein besonderes Anliegen Jiang Zemin ist und im Zentrum des 6.Plenums des XIV.Zentralkomitees 1996 gestanden hatte, soll in mehrere Passagen der Verfassung eingehen.
- Zur Diskussion steht auch die Streichung einzelner anachronistischer Begriffe wie etwa des „Internationalismus“ aus der Verfassung.

Nach den kleineren Revisionen, denen die von 1982 stammende Verfassung bereits 1988 und 1993 jeweils nach Parteitag unterzogen wurde, bringen die nun geplanten Veränderungen eine Anpassung des Verfassungstextes an die neuen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Vorgaben des XV. Parteitages. Das politische Institutionengefüge Chinas wird durch die neuen Verfassungsänderungen nicht angefasst. Eine umfassende Verfassungsreform steht aus der Sicht der Parteiführung derzeit nicht zur Debatte. -hei-

6 Jiang Zemin und Qiao Shi demonstrieren Einigkeit

Das Ausscheiden Qiao Shis aus dem Ständigen Ausschuss des Politbüros hatte nach dem XV.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas weitreichende Spekulationen in den internationalen Medien über einen „Machtkampf“ in der Parteispitze ausgelöst.

Im Widerspruch zu solchen Spekulationen stehen jedoch vielfältige Anzeichen dafür, daß es zwischen Jiang Zemin und Qiao Shi keineswegs zu einer offenen Feindschaft gekommen ist: Beim Einzug des Politbüros zu Beginn des Parteitages ließ Jiang Zemin Qiao Shi neben bzw. direkt hinter sich